



# Der Aufstieg der EU zur Militärmacht

Vorbemerkung aus dem Buch

von

Prof. Dr. Gregor Schirmer

Erschienen: 2012 Spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin ISBN 978-3-360-02069-7

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 Email: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

## **Das Buch**

In den 50er Jahren schlossen sich die westeuropäischen Staaten zusammen.

Die Verbände hatten von Anfang an, eine antisowjetisch-antikommunistische Stoßrichtung und zementierten die Spaltung Europas. Sie dienten der Sicherung von Monopolherrschaft, Maximalprofit und der Ausbeutung der Dritten Welt. Aber sie hatten zivilen Charakter. Die militärische Konfrontation des Westens gegen den Osten vollzog sich auf einer anderen Schiene, nämlich der NATO unter Führung der USA. Seit dem Ende des Ostblocks wird der zivile westeuropäische Verbund zunehmend militarisiert. Sukzessive hat sich die EU die Fähigkeit verschafft, an Kriegen und militärischen Gewaltaktionen teilzunehmen - ohne Rücksicht auf das Völkerrecht.

Der renommierte Völkerrechtler und Politiker Gregor Schirmer hat die diesbezügliche Entwicklung der EU und ihren aktuellen Zustand kritisch und kundig untersucht.

## **Der Autor**

Gregor Schirmer, Jahrgang 1932, geboren und aufgewachsen in Nürnberg, Übersiedlung in die DDR 1950, Jurastudium an der Leipziger Karl-Marx-Universität, dann Aspirantur und Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin, Prorektor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Habilitation und Professor für Völkerrecht, von 1965 bis 1976 Stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Volkskammerabgeordneter für den Kulturbund von 1963 bis 1990.

Schirmer war von 1977 bis 1989 stellvertretender Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED. Im November 1989 bis zum Rücktritt des Zentralkomitees am 3. Dezember 1989 leitete er die Kommission für Wissenschaft und Bildung beim Politbüro des ZK. Seit 1990 tätig als Mitarbeiter und Berater von Politikern.

Insgesamt dienen ungefähr 1,825 Millionen Soldaten in den Armeen der EU- Mitgliedsländer. Theoretisch ist das nach der chinesischen die größte Armee der Welt. Das sind 0,36 Prozent der Bevölkerung in China hingegen nur 0,17 Prozent.

\*\*\*

### **Vorbemerkung**

Die Europäische Union findet das allgemeine Interesse vor allem wegen der anhaltenden Wirtschaft- und Finanzkrise. Die Regierungschefs und ihre Finanzminister hecheln von einem Krisentreffen zum anderen. Rettungsschirme für Mitgliedstaaten und Großbanken werden aufgespannt. Rigorose Sparpläne zum Abbau der Schuldenberge werden, vor allem auf Kosten der kleinen Leute, geschmiedet. Dabei droht übersehen zu werden, dass der Ausbau der EU als Militärmacht aufhaltsam aber stetig voranschreitet. Unter den Sparzwängen werden zwar auch die Militärhaushalte gekürzt. 2011 blieben in den EU-Staaten aber immer noch 194 Milliarden Euro für Unterhalt, Modernisierung und Einsatz von Militär. In Deutschland sollten die Militärausgaben von 2011 auf 2012 von 31,55 auf 31,7 Milliarden Euro ansteigen.

Ich bin aus prinzipiellen Gründen ein Gegner der Militarisierung der Europäischen Union. Das ist kein Nein zur EU, sondern ein Ja zu einem anderen, ausschließlich zivilen europäischen Staatenverbund. Das Folgende ist eine Streitschrift für eine entmilitarisierte EU und damit auch für ein friedliches Gesamteuropa. Ich bin Jurist. Also bediene ich mich vor allem juristischer Argumente und gehe mit Rechtsnormen und anderen offiziellen Dokumenten um. Dabei werde ich notwendige zeitgeschichtliche Betrachtungen einbringen. Meine Überlegungen

werde ich nicht streng auf die EU begrenzen, sondern gesamt-europäische Zusammenhänge einbeziehen.

Mehr als 30 Jahre lang haben die (West-)Europäischen Gemeinschaften – die erste war die 1951 gegründete Gemeinschaft für Kohle und Stahl, gefolgt von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft 1957 – als zivile Zusammenschlüsse kapitalistischer Staaten Europas funktioniert. Diese Verbände hatten von Anfang an eine antisowjetisch-antikommunistische Stoßrichtung. Sie haben die Spaltung Europas zementiert. Sie dienten der Sicherung von Monopolherrschaft und Maximalprofit und der Ausbeutung der Dritten Welt. Aber sie hatten zivilen Charakter. Die militärische Konfrontation des Westens gegen den Osten vollzog sich auf einer anderen Schiene, nämlich der NATO unter Führung der USA.

Seit dem Untergang des realen Sozialismus in Europa und der Auflösung des Warschauer Pakts und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem östlichen Gegenstück der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wird der zivile westeuropäische Verbund kapitalistischer Staaten zunehmend militarisiert. Dem monopolkapitalistischen Zivilen in der EU wird unter Führung Deutschlands und Frankreichs und in einer Mischung von Konkurrenz und Subordination gegenüber den USA eine militärische Komponente unterlegt und übergestülpt. Mit dem Vertrag von Lissabon hat man dafür den irreführenden Namen Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eingeführt. Sukzessive hat sich die EU die Fähigkeit verschafft, an Kriegen und militärischen Gewaltaktionen teilzunehmen und sie – wie es heißt – »autonom« zu führen. Und die EU macht das tatsächlich ohne Rücksicht auf das Völkerrecht.

### **Was ist die Europäische Union heute?**

Die EU reduziert sich freilich nicht auf ein imperialistisches Militärbündnis wie die NATO. Sonst müssten die Linken in den

EU-Ländern die Union konsequenter Weise in Bausch und Bogen ablehnen, für die Auflösung der EU und für den Austritt aus ihr eintreten. Das tun die meisten von ihnen, auch EU-kritische und -skeptische, aus gutem Grunde nicht, wenn auch – wie Cornelia Hildebrand vermerkt – die Haltung linker Parteien gegenüber der EU »sich zwischen einer Zustimmung zur EU als Raum des politischen Handelns bei gleichzeitig kritischer Haltung zu ihren dominierenden Politikansätzen und einer Ablehnung der EU als imperialer Machtblock, verbunden mit der generellen Ablehnung ihrer vorherrschenden Politiken« bewegt. (1)

Die EU ist ein Verbund von kapitalistischen Staaten, in dem inzwischen alle Bereiche der Politik, der Ökonomie, der Wissenschaft und Technik und der Kultur über eine bloße Koexistenz der Mitgliedstaaten hinaus verflochten sind, ein Feld der Integration auf allen Gebieten. Die (west)europäische Integration ist ein »naturwüchsiger« Prozess, der sich gegenwärtig auf der Grundlage kapitalistischer Machtverteilung und Konkurrenzbeziehung vollzieht. Dieser Prozess muss durch die vereinten Kräfte der beteiligten europäischen Völker in deren Interesse umgestaltet und auf eine andere antikapitalistisch-demokratische Grundlage gestellt werden.

Ökonomisch ist die EU vom Großkapital, von Industrie- und Bankmonopolen beherrscht. Sie bestimmen maßgeblich die Wirtschafts-, Währungs-, Außen- und Außenwirtschaftspolitik und beeinflussen stark die anderen Politiken der Union. (2) Gretchen Binus schreibt: »Obgleich gerade aus der gegenseitigen ökonomischen Verflechtung der Volkswirtschaften auch ein bestimmtes gegenseitiges Interesse an der ökonomischen Entwicklung der anderen Staaten und an der Stabilität der

---

1 Aufschlussreich zu diesem linken europäischen Durcheinander: Birgit Daiber/ Cornelia Hildebrand/Anna Striethorst, Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010. Zitat S. 9

2 Vgl. dazu die Studie von Gretchen Binus, Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Juni 2010

Weltwirtschaft als Ganzes erwächst, suchen die Großkonzerne im harten, unerbittlichen Konkurrenzkampf um Marktanteile in dieser Entwicklung ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Dank ihrer Machtpositionen nutzen sie dabei unter politischem Druck sowohl die Institution Nationalstaat als auch die EU-Gremien und geben den außen- und sicherheitspolitischen Strategien der Staaten und der Europäischen Union eine von ihren Profitbestrebungen geprägte abhängige Richtung. «(3)

Die EU ist der politisch-rechtliche und institutionelle Rahmen für die Gestaltung dieser Integration. Er besteht aus einem schier undurchdringlichen Dickicht von Regelungen, nämlich den zwei primärrechtlichen Verträgen, dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der Charta der Grundrechte der EU und einem Bündel von 37 Protokollen und 68 Erklärungen dazu, nachzulesen auf 403 Druckseiten im Amtsblatt der EU. (4) Dazu kommt ein Berg von sekundärrechtlichen Regelungen, Beschlüssen, Verordnungen, Richtlinien usw.

Der Umfang des Sekundärrechts geht auf die 100.000 Druckseiten zu. Vergessen darf man nicht die dicken Bände der Urteile des EU-Gerichtshofes. Die institutionelle Verfasstheit der EU ist nicht weniger verwirrend. Die wichtigsten Organe der EU sind der Europäische Rat, der Club der Staats- und Regierungschefs; der (Minister-)Rat, der in unterschiedlicher Zusammensetzung der Fachminister der EU-Staaten tagt; die Europäische Kommission mit ihrem umfänglichen Apparat als Quasi-Exekutive; das Europäische Parlament, der Gerichtshof der EU, die Europäische Zentralbank und der Rechnungshof. Dazu kommen unzählige Ausschüsse, Komitees, Agenturen und andere Organisationsformen mit 30.000 Beamten. Trotz aller Krisen in Vergangenheit und Gegenwart ist das doch ein relativ stabiler Rahmen. Die EU wird mit diesem Rahmen wohl auch die ge-

---

3 Ebenda, S. 13

4 Amtsblatt der Europäischen Union vom 30. März 2010/C 83

genwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise mit Ach und Krach überstehen.

Die EU ist kein über den Mitgliedstaaten schwebendes Gebilde. Sie und ihre Organe sind Orte des Kampfes und der Kompromisse zwischen den Herrschenden in den Mitgliedstaaten. Das Sagen in der EU haben die großen und mächtigen Mitgliedstaaten, voran Deutschland, gefolgt von Frankreich und Großbritannien. Italien und Spanien kann man, obwohl sie zu den »Großen« gehören, diesem »Direktorium« nicht zurechnen. Dieses »Zentrum« dominiert die EU mit seinem politischen Einfluss, seiner Wirtschafts- und Militärmacht und seinem Stimmengewicht in den Organen. Zwischen diesen Staaten spielen sich scharfe Machtkämpfe mit wechselndem Ausgang ab.

Kleine, aber kapitalkräftige Mitgliedstaaten wie Benelux, Österreich, Dänemark, Schweden, Finnland folgen den großen in mehr oder weniger freier Entscheidung. Eine eigenwillige Rolle spielen oft Polen und Tschechien. Der »Rest« ist die »Peripherie« der EU. (5) In den Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten obwaltet nicht – wie in den EU-Verträgen von Maastricht bis Lissabon verkündet – das Prinzip der Solidarität, sondern es herrschen imperialistische Rivalität und blanker nationaler Egoismus.

Die Union ist im Vergleich mit anderen Regionen der Welt ein Raum der Abwesenheit von Krieg und Anwendung militärischer Gewalt zwischen ihren Mitgliedstaaten. Die Gegensätze zwischen ihnen und der Konkurrenzkampf zwischen Konzernen, Banken und Versicherungen werden mit anderen, nichtmi-

---

5 Joachim Becker, EU: von der Wirtschafts- zur Integrationskrise, Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 85, März 2011, S. 10, 12ff. konstatiert »eine Polarisierung der EU in einen um Deutschland gruppierten neo-merkantilistischen Block mit hohen Exportüberschüssen und partiellen Tendenzen der Finanzialisierung einerseits und einen von Waren- und Kapitalimporten abhängigen Block mit ausgeprägter Finanzialisierung in den angelsächsischen und baltischen Ländern sowie in Süd- und Südosteuropa andererseits«. Zu dem von Deutschland geführten Block rechnet er mit Abstufungen die Benelux-Länder, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Norditalien.

litärischen Mitteln wirksam ausgetragen. Das Verhalten der Organe der EU gegenüber schwachen Mitgliedstaaten trägt – wie man drastisch bei der »Bewältigung« der Eurokrise vorgeführt bekommt – deutliche neokolonialistische Züge.

Über ihre Grenzen hinaus betreibt die EU eine imperialistische Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Sie ist in dieser Richtung ein Instrument des Verfolgens globaler Interessen der Hegemonialmächte an geopolitischem Einfluss und an der Sicherung des Imports von Rohstoffen, auch mit militärischen Mitteln. Deppe, Salomon und Solty sprechen in dem Zusammenhang von Euroimperialismus. (6)

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der EU steht ihr Ausbau, besser: der Versuch ihrer Rettung als Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage eines neoliberalen und antisozialen Markt-radikalismus mit dem ins Schlingern geratenen Euro. Aus letzterem haben sich Dänemark und Großbritannien durch Protokolle zu den primärrechtlichen Verträgen zu ihrem Vorteil herausgehalten und Schweden konnte den Euro nicht einführen, weil das in einer Volksabstimmung abgelehnt wurde.

Die EU leidet an einem strukturellen und chronischen Demokratie-Defizit, trotz gewisser Fortschritte auf diesem Gebiet. Ihr sogenannter »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« ist ein neu gewonnener Lebensraum mit Reise-, Aufenthalts- und Niederlassungsfreiheit für viele EU-Bürgerinnen und -Bürger und »legal« anwesende Ausländer. Wer reist nicht gerne ohne Grenzkontrollen im Schengen-Raum? Man darf aber nicht vergessen, dass diese Freiheiten dadurch erkaufte wurden, dass die Außengrenzen der EU weitgehend abgeschirmt wurden gegen unerwünschte Zuwanderer. Abbau und

---

6 Frank Deppe/David Salomon/Ingar Solty, *Imperialismus*, Köln 2011, S.85ff. Vgl. zu dieser Schrift die Rezension von Klaus Wagener, *Marxistische Blätter* Heft 2-11, 49. Jg., S. 108, und dort die Beiträge zur aktuellen Imperialismus-Diskussion von Winfried Wolf, Gretchen Binus, Erich Hahn, Georg Fülberth, Hans-Peter Brenner und Leo Mayer, ferner die Rezension von Andreas Wehr und die zum Teil unsachliche Replik der Verfasser in *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 88, Dezember 2011.



Gefährdung der bürgerlichen und sozialen Rechte der Menschen sind in der EU nicht weniger akut wie auf mitgliedsstaatlicher Ebene.

Die EU betreibt auch Politiken, die den Interessen und Bedürfnissen der Menschen entgegen kommen: Auf dem Gebiet der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung, der Landwirtschaft und Fischerei, in Bildung und Forschung, Sport und Kultur, beim Verbraucherschutz und Tourismus, bei der Förderung regionaler und kommunaler Belange usw. Leistungen der EU für die Menschen sollen nicht geleugnet werden.

Die heutige staatlich-rechtliche Verfasstheit der Union ist mit bisher gängigen juristischen Kriterien nicht zu erfassen. Die EU ist keine herkömmliche internationale Staatenorganisation wie die UNO, beruht aber auf völkerrechtlichen Verträgen zwischen souveränen Staaten; sie ist kein Staat und will auch keiner sein, weder ein föderaler noch ein konföderaler, besitzt aber im Europäischen Parlament und in anderen EU-Institutionen unverkennbare Merkmale von Staatlichkeit; sie lebt von der Übertragung von Hoheitsrechten der Mitgliedstaaten an die Organe der Union, aber diese Übertragung ist keine Abgabe der souveränen Eigenstaatlichkeit der Mitglieder an die EU, sie ist zurücknehmbar und auf diejenigen Zuständigkeiten begrenzt, die der EU ausdrücklich übertragen wurden und das sind mittlerweile sehr viele, manche, darunter der ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschlands, Roman Herzog, meinen, zu viele. Auf die staatlich-rechtliche Verfasstheit der EU und das Verhältnis von EU und Nationalstaat werde ich im Kapitel über den Lissabonner Vertrag zurückkommen.

Ich will mit diesen Charakteristiken keineswegs die EU »definieren«, sondern nur darauf hinweisen, dass es sich um ein sehr komplexes Gebilde handelt, das nicht so einfach auf einen Begriff zu bringen ist.

Für Linke und andere Demokraten ist die EU ein relativ neuer und ungewohnter Kampfplatz, auf dem sie sich noch nicht richtig zurechtgefunden haben.

Aber man muss schon eine Vorstellung vom Wesen der Union und von ihren Dimensionen haben, wenn man die EU grundlegend verändern will. Das gilt gerade dann, wenn man die Militarisierung der EU ins Visier nimmt. Diese Militarisierung verändert den Charakter der EU grundlegend und zwar in eine aggressiv-imperialistische Richtung. Die EU nimmt zunehmend Züge eines imperialistischen Militärbündnisses an. Und diese Militarisierung wächst aus dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der EU heraus.

### **Militarismus und Kapitalismus**

Karl Liebknechts Schrift von 1907 «Militarismus und Antimilitarismus», wegen der ihn das Reichsgericht zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt hatte, enthält eine heute noch aktuelle Aussage über den Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus: »Er ist außer der großen künftigen eine stets gegenwärtige, stets verwirklichte Gefahr, auch wenn er nicht gerade zuschlägt. Nicht nur ist er der Moloch des Wirtschaftslebens, der Vampir des kulturellen Fortschritts, der Hauptfälscher der Klassengruppierung. « Er ist der »Hauptpfeiler der brutalen Macht des Kapitalismus«. Und: »Wir sind uns aufs klarste der Rolle bewusst, die der Militarismus innerhalb des Kapitalismus spielt, und denken natürlich nicht im entferntesten daran, ihn über oder neben den Kapitalismus zu setzen, weil er eben nur ein Teil des Kapitalismus ist, ein Teil oder richtiger eine besonders schädliche und gefährliche Lebensäußerung des Kapitalismus. Aber unsere ganze Agitation gegen den Kapitalismus richtet sich gegen die Lebensäußerungen des Kapitalismus, in denen er sich realisiert. Man kann das Gebiet des antimilitaristischen Kampfs gewissermaßen als ein besonderes neben dem des allgemeinen politischen Kampfs, neben dem des gewerkschaftlichen Kampfs, meinetwegen auch neben dem des

genossenschaftlichen und des Bildungskampfs, bezeichnen. Mit anderen Worten: Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.  
« (7)

Der Kampf gegen die Militarisierung der EU ist eine relativ eigenständige Seite des Kampfes um eine andere Union. Die Militarisierung ist kein notwendiger, unvermeidlicher Bestandteil der europäischen Integration. Sie ist nach meiner Meinung vermeidbar, überflüssig, gefährlich für die Welt und für die Union selbst und nicht zuletzt ist sie antieuropäisch.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso hat in seiner Rede zur Lage der Union am 7. September 2010 vor dem Europäischen Parlament (8) in überheblicher Manier einen europäischen »Führungsanspruch in der Welt« proklamiert. Es geht ihm darum, »wie Europa in der Welt den größtmöglichen Einfluss gewinnen kann«. Die »geborenen« Weltmächte USA, China, Russland und Indien und aufstrebende Länder und Regionalorganisationen in Afrika, Asien und Südamerika werden das mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehmen. Europäische Nichtmitglieder der EU werden erstaunt sein, mit welcher anmaßenden Selbstverständlichkeit Barroso die EU mit Europa gleichsetzt. Am Schluss der Rede schlüpft eine bissige Katze aus dem Sack: »Wir sollten uns aber keinen Illusionen hingeben: ohne eine gemeinsame Verteidigungspolitik werden wir nicht das Gewicht in der Welt haben, das wir benötigen.« Das Credo der gegenwärtigen EU ist damit deutlich ausgesprochen: Keine »Führungsrolle« der EU ohne einsatzbereites und kriegswilliges Militär. Eben dieses Credo bestreite und bekämpfe ich mit diesem Buch.

Seitdem mit der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17./28. Februar 1986 eine »Europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik« proklamiert wurde, zusätzlich zu den bestehenden Europäischen Gemeinschaften, der Europäischen Wirtschafts-

---

7 Karl Liebnecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band I, Berlin 1958, S. 440

8 Die Rede ist aus der Webseite der EU unter Manuel Barroso, Speech/10/411 abrufbar

gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Atomgemeinschaft, war der Weg der Militarisierung der Europäischen Union nicht mehr verschlossen. In der Einheitlichen Akte ist zwar von militärischen Dingen noch nicht die Rede.

Aber mit der Zusammenarbeit in der Außenpolitik war die Möglichkeit einer militärischen Komponente dieser Zusammenarbeit geöffnet. So sollte es denn auch sukzessive und mit schleichender Konsequenz kommen. Der bisherige Höhepunkt dieser nach meiner Meinung verhängnisvollen Entwicklung ist der Vertrag von Lissabon, mit seiner Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Rüstung und seiner Auflassung für die Teilnahme der EU an völkerrechtswidrigen Kriegen und Militäreinsätzen.

Diese Entwicklung vollzog und vollzieht sich ohne viel Aufhebens in der Öffentlichkeit, man kann schon sagen: klammheimlich. Vom Maastrichter Vertrag über die Europäische Union von 1992, über die Änderungsverträge von Amsterdam 1997, Nizza 2001 und Lissabon 2007 mit dem Zwischenspiel des gescheiterten Verfassungsvertrags 2004, von einer Tagung des Europäischen Rats zur anderen, wurde die Militarisierung vorangetrieben, ohne dass eine nennenswerte öffentliche Diskussion über Sinn und Zweck »europäischer Verteidigungspolitik« stattgefunden hätte. Schon gar nicht ist eine beachtenswerte Protest- und Widerstandsbewegung gegen die Militarisierung der EU zustande gekommen, die vergleichbar wäre etwa mit dem Kampf gegen die Wiederbewaffnung der BRD in den 50er und den Ostermärschen der 70er Jahre in Westeuropa. Die Debatten und Auseinandersetzungen um die Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Eurokrise haben das Thema Militarisierung der EU weitgehend ins Abseits gedrängt.

Die öffentlichkeitsscheue Vorgehensweise der Herrschenden konnte umso leichter Platz greifen, als das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den Vorgängen in der EU nie besonders groß war und immer mehr zurückging, paradoxer Weise fast

im gleichen Maße, in dem für die Menschen wichtige Entscheidungen von der nationalen Ebene nach Brüssel verlagert wurden. Die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament sank dramatisch von 63 Prozent 1979 auf knapp über 43 Prozent 2009. Nach Umfragen begründeten die Befragten ihr Zuhause-Bleiben am Wahltag zu 62 Prozent damit, dass sie nicht ausreichend informiert seien. Logischerweise hielt in den Zeiten der Wirtschaftskrise eine Mehrheit von 67 Prozent der Befragten den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit für das wichtigste Wahlkampfthema. Die Rolle der EU auf dem internationalen Parkett war nur für 18 Prozent ein wichtiges Thema. Unter solchen Umständen ist es relativ einfach, Schritte der Militarisierung ohne nennenswerten Widerstand oder wenigstens ohne öffentliche Problematisierung und Debatte durchzubringen.

Wenn allerdings, – ich spreche jetzt nur von Deutschland und beziehe mich auf eine Emnid-Umfrage vom Mai 2009 (9) – konkret danach gefragt wird, was die Leute von der Militarisierung denken, dann ergibt sich folgendes Bild: Fast alle Befragten wissen nichts von der Verpflichtung der Mitgliedstaaten durch den Lissabonner Vertrag, ihre militärischen Fähigkeiten zu »verbessern«. Auf die Frage »Halten Sie die Verpflichtung des Lissabonner Vertrags zu Verbesserung der militärischen Fähigkeiten jedes EU-Landes für gut oder für schlecht«, antworteten 41 Prozent »für gut« und 53 Prozent »für schlecht«. Die Frage, ob die Verpflichtung zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten durch die Verpflichtung zur Abrüstung aller EU-Staaten ersetzt werden sollte, antworteten 59 Prozent insgesamt, in Ostdeutschland 72 Prozent, mit ja und 33 Prozent mit nein. Es gibt latente Mehrheiten gegen den Kurs der Militarisierung, die noch nicht genügend wirksam werden, weder bei Parlamentswahlen, noch im außerparlamentarischen Kampf.

---

9 Vgl. junge Welt vom 11. Mai 2009, S. 9

Hinzu kommt, dass Bürger- und Friedensbewegungen oft der Militarisierung der EU zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Die Konzentration der Bewegungen auf den Kampf gegen die NATO und deren Kriege in Jugoslawien, Irak, Afghanistan und Libyen, gegen die Aufrüstungs- und militärische Interventionspolitik der Herrschenden ist notwendig und richtig. Man darf nur nicht vergessen, dass die EU sich direkt und indirekt an diesen Kriegen und Interventionen beteiligt und auf dem Weg ist, eine Art zweite NATO im Rahmen der Union zu etablieren.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 sind für die Gegner der Militarisierung der EU enttäuschend. Von 736 Sitzen errangen die linken Parteien 35 Sitze gegenüber 41 bei den Wahlen 2004. Der Stimmenanteil sank von 5,3 auf 4,8 Prozent. Die äußerste Rechte sitzt erstmalig mit einer eigenen Fraktion von 32 Abgeordneten im Parlament. Insgesamt muss man wohl sagen, dass der gegenwärtige Zeitgeist die Militarisierung der EU, den Ausbau und Einsatz der »militärischen Fähigkeiten« der EU mehr oder weniger als selbstverständlich ansieht, als unvermeidlich hinnimmt, als notwendig billigt oder sogar als fortschrittlich begrüßt: Keine starke Union ohne den militärischen Faktor. Das ist der gemeinsame Nenner. Gegen diesen »Geist der Zeiten«, der »im Grund der Herren eigener Geist« ist (Goethe im Faust), will ich in diesem Buch anschreiben und damit den Kampf aller Antimilitaristen unterstützen.

Die Militarisierung der EU ist weit fortgeschritten. Aber sie ist noch nicht so verfestigt, dass ein »Rückbau« der EU zu einer zivilen Organisation nicht mehr realistisch oder gar illusorisch wäre. Auch der EU-Vertrag in der Lissabonner Fassung schließt das nicht aus. Er kann geändert oder durch einen neuen Vertrag ersetzt werden. Eine zivile, antimilitaristische Europäische Union ist möglich und notwendig.

Nach ihrem Erfurter Parteiprogramm steht Die Linke »gegen die Militarisierung der EU«. Sie will »eine friedliche Europäi-

sche Union, die im Sinne der Charta der Vereinten Nationen Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig und frei von Massenvernichtungswaffen ist, die sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit und weltweit auf militärische Einsätze verzichtet. Wir setzen auf Abrüstung, zivile Kooperation und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten. « Damit kann man einverstanden sein, wenn die Partei nicht bloß hehre Ziele proklamiert, sondern parlamentarische und außerparlamentarische Taten folgen lässt. Auch die Europäische Linkspartei vertritt einen konsequenten Standpunkt: »Wir widersetzen uns jeglichen Anstrengungen der EU zur Militarisierung ihrer Außenbeziehungen und kämpfen für eine friedliche Rolle Europas in der Welt. « Und: »Die Europäische Linke fordert das Ende jeglichen militärischen Engagements der EU im Ausland«. (10)

Eine zivile Union muss zugleich eine soziale, ökologische und demokratische Union sein. Eine neue Union erfordert gemeinsamen Kampf der Linken und Demokraten in ihren Ländern und auf europäischer Ebene.

---

10 3. Kongress der Partei der Europäischen Linken, Paris, 3. bis 5. Dezember 2010, Agenda für ein soziales Europa. Gemeinsame Aktionsplattform für Widerstand und Alternativen in Europa, in: DIE LINKE international, Informationsschrift für Friedens- und internationale Politik, Ausgabe 1/2011 (45), S. 12

